

BERLIN FÜR ALLE!

Eine soziale und ökologische Stadtentwicklungspolitik im Sinne der „Berliner Lokale Agenda 21“ ist möglich: Mit mehr direkter Demokratie

ANUSCHKA GUTTZEIT

Die Bürger/innen vertrauen den Parteien immer weniger. Die Wahlbeteiligung sinkt stetig. Nach Wahlen machen die Politiker/innen oft vollständig andere Dinge, als sie vor den Wahlen versprochen haben. Die Folge: Immer weniger Bürger/innen engagieren sich in Parteien. Erstaunlicherweise setzen sich aber immer mehr Bürger/innen für politische Sachthemen und für die konkrete Gestaltung ihrer Stadt ein. Sie wollen nicht nur alle fünf Jahre (bzw. alle vier Jahre bei Bundestagswahlen) ihre Stimme abgeben, sondern sie wollen die ganze Zeit mitreden. Sie wollen verbindlich für ihre Interessen abstimmen, wann immer es ihnen nötig erscheint. Wer Demokratie ernst nimmt, der muss die Entscheidungen der Bürger/innen akzeptieren. Dafür ist mehr direkte Demokratie nötig. D.h. es müssen endlich Volksbegehren und Bürgerbegehren eingeführt werden, deren Abstimmungsergebnisse für die Politiker/innen rechtlich verbindlich sind. Dies ist auch angesichts der halbherzigen „Berliner Lokale Agenda 21“-Politik des SPD/Linke-Senats dringend nötig.

Mehr Bürgerbeteiligung!

Wozu hatte das Abgeordnetenhaus Berlin die „Berliner Lokale Agenda 21“ im Jahr 2006 beschlossen? Tatsächlich ist die darin angestrebte Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungs- und Freiraumplanungsprozessen nicht zwingend und verbindlich vorgeschrieben. Zwar wird im Agendatext vollmundig behauptet: „Das Prinzip, die Bürger an sie betreffenden Entscheidungen schon im Planungsstadium umfassend zu beteiligen, wird auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene realisiert.“ (www.agenda21berlin.de S. 16) In der Realität machen engagierte Bürger/innen aber meist ganz andere Erfahrungen. Am Ende von zum Teil Jahre andauernden Runden Tischen, Mediationsverfahren und Verhandlungen, nach unverbindlichen Bürger- sowie Volksbegehren machen die Regierenden nämlich meist trotzdem das, was sie von vornherein geplant hatten. Sie

wollen nichts von ihrer Macht abgeben! Dies führt zu Politikverdrossenheit.

Der überparteiliche Verein „Mehr Demokratie“ fordert seit über 20 Jahren rechtlich verbindliche Volksentscheide für ganz Deutschland auf Bundes- und Landesebene. Wir leben heute in Zeiten, in denen den Bürger/innen die immer weiter steigenden Milliarden – zum Beispiel Kosten für die Finanzkrise – aufgebürdet werden. Bei den kleinen Leuten, im sozialen und ökologischen Bereich, wird gekürzt.

Verursacht wurde die Finanzkrise aber von Bänkern und deren zum Teil unverantwortlichem Geschäftsgewahren. Politiker/innen haben ihnen durch die Verabschiedung von deregulierenden Gesetzen im Bereich der Finanzpolitik erst die Möglichkeit für ihr Fehlverhalten gegeben. Die Banken als die Verursacher der Krise werden von der Politik nicht zur Verantwortung gezogen. Zur Finanzierung der Kosten, der von ihnen verursachten Krise, müssen die Banken kaum beitragen. Das ist unverantwortlich. Deshalb ist eine direkte demokratische Beteiligung durch rechtlich verbindliche Volksbegehren auch auf Bundesebene nötiger denn je!

Volksbegehren und Bürgerbegehren in Berlin

In Berlin haben Volksbegehren und Bürgerbegehren auf Landesebene bisher nur empfehlenden Charakter für die Politik. Der Sozialwissenschaftler Dr. Andrej Holm, Arbeitsschwerpunkte Stadterneuerung und Gentrifizierung, wünscht sich eine „Vorreiterrolle“ Berlins in Sachen direkter Demokratie. Arme werden in der Hauptstadt durch eine verfehlte Mietpolitik zunehmend aus der Innenstadt vertrieben. Das Durchschnittseinkommen in Berlin beträgt lediglich 900 Euro Netto. Berlin ist die Hauptstadt der Mieter/innen. Ein verbindliches Volksbegehren für eine soziale Mietpolitik wäre hilfreich.

2006 haben sich die BerlinerInnen in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit für eine Änderung der Bestimmungen zu direktdemokratischen Elementen in der Berliner Verfassung entschieden. Daraufhin wur-

de die Zahl der für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften und der bei einem Volksentscheid notwendigen Ja-Stimmen gesenkt. Seit der Änderung der Berliner Verfassung gab es 15 Volksbegehren. Mit dem Volksbegehren „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“ gab es in Berlin zum ersten Mal einen Volksentscheid. Kürzlich hat der Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses über Reformpläne beim Volksabstimmungsgesetz beraten. Demnach dürfen jetzt auch gemeinnützige Organisationen für Volksbegehrensinitiativen spenden und nicht mehr nur ausschließlich Wirtschaftsunternehmen – eine gute, sehr wichtige Entscheidung.

2005 wurden in Berlin auf Bezirksebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide eingeführt. Die Berliner/innen nutzen dieses demokratische Instrument begeistert. Seit 2005 gab es über 27 Bürgerbegehren. Das bekannteste ist sicherlich das Bürgerbegehren „Spreeufer für alle!“ Die Initiative „Mediaspree versenken“ hatte es 2008 in Friedrichshain-Kreuzberg erfolgreich gegen das „Mega-Stadtumbauprojekt Mediaspree“ durchgeführt. Mediaspree ist ein Zusammenschluss von Investoren, die mit hohen öffentlichen Subventionen den Bereich zwischen Ostbahnhof und Oberbaumbrücke an der Spree bebauen wollen. Die Mehrheit der abstimmenden Bürger/innen in Friedrichshain-Kreuzberg hatte sich in einem Bürgerentscheid gegen die Bebauung dicht an der Spree, gegen den Bau von Hochhäusern und für 50 Meter breite öffentlich zugängliche grüne Uferwege an der Spree ausgesprochen. Außerdem stimmten sie gegen den Verkauf von landeseigenen Grundstücken an private Investoren und gegen den Neubau einer Autobahnbrücke. www.ms-versenken.org

Rette Deine Stadt

Wie die meisten Bürgerbegehren hat das Bürgerbegehren „Spreeufer für alle“ jedoch nur empfehlenden Charakter und ist nicht rechtsverbindlich. Sehr viele Unterstützer/innen des Bürgerbegehrens „Spreeufer für alle“ kritisieren heute, dass das Ergebnis des Bürgerbegehrens kaum umgesetzt wird. Deshalb findet am 10. Juli



ANUSCHKA GUTTZEIT, 2010

2010 eine Demonstration statt, die von einem breiten Bündnis getragen wird. www.megaspree.de

Motto „Rette Deine Stadt, gegen die Stadtentwicklungspolitik von oben“.

Ein Bürgerentscheid ist heute rechtlich lediglich einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung gleichgesetzt. Die Bürger/innen sind also

auf das Wohlwollen von Politik und Verwaltung angewiesen. Die Bezirksverordnetenversammlungen müssten mehr Beschlusskompetenzen haben, das würde automatisch auch die Rechtswirkung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden stärken. Das meint der Verein „Mehr Demokratie“ und hat dazu eine Unterschriften-sammlung gestartet.

<http://bb.mehr-demokratie.de/aufruf-berlin.html>

Parteien und Abgeordnete, die nicht für die Einführung von Volksentscheiden auf Landesebene und von Bürgerentscheiden auf Bezirksebene eintreten, deren Abstimmungsergebnisse für die Politiker/innen rechtlich verbindlich sind, sind 2011 bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nicht wählbar. Nur so können wir künftig eine neue, wirksame „Ber-

liner Lokale Agenda 21“ bekommen, die für eine soziale und ökologische Stadtentwicklungspolitik mit echter Bürgerbeteiligung steht. Dazu gehört eine tatsächliche, umfassende und transparente Informationspolitik von Seiten der Regierenden bereits im Planungsstadium.

Anuschka Guttzeit
Mitbegründerin Bürgerinitiative
„Bäume am Landwehrkanal“
www.baeume-am-landwehrkanal.de

Artikel zum derzeit größten Mediationsverfahren im deutschsprachigen Raum: „Zukunft Landwehrkanal: Erfolgsmodell oder doch Greenwashing?“, S.6/7 in der Umweltzeitung „Der Rabe Ralf“
www.grueneliga-berlin.de

ZUM BEHÖRDLICHEN UMGANG MIT BÜRGERENGAGEMENT

Das Beispiel Gleisdreieck

ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN

Zur Zeit werden in Berlin unter einer rot-roten Regierung Gelder, die für „Ausgleichs“-GRÜN sind, zugespitzt gesagt, in Baumaßnahmen umgemünzt. Ausgleichsgrün, das sind neue Grünanlagen und Parks, die entstehen sollen, weil an anderer Stelle „hochverdichtet“ neu gebaut wurde. Stattdessen geht das Geld an Baufirmen. Grün-Ausgleichsgelder werden der Bauindustrie zugeschickt, statt dass für die Bürger grüne Erholungsflächen angelegt werden. Im Agenda-21-Prozess hat sich die Stadt Berlin verpflichtet, sich für vermehrten Umweltschutz zugunsten des Klimas einzusetzen. Die bauindustriefreundliche Mode der Parkgestaltung folgt einem Stil, der sich wesentlich nach dem 11. September 2001 durchgesetzt hat. Er setzt auf „Transparenz“ und „Sichtachsen“. Nebeneffekt sind „pflegeleichte“ Parks für die kaum noch ein festangestellter Gärtner nötig ist und – eben – gute Aufträge für die Bauindustrie.

Ein Park im Stil des Feudalzeitalters

Ein besonders unglückliches Beispiel ist das Gelände des Berliner Gleisdrei-

ecks. Hier setzen sich wechselnde Bürgerinitiativen seit weit über dreißig Jahren dafür ein, dass dieses Gelände ein grünes Erholungsgebiet wird. Nachdem die Bahn als Grundstückseigner das Land Berlin über 15 Jahre lang hingehalten hat, wird der Park nun gebaut. Aber was für ein Park soll hier entstehen? Offenbar ein Park im Stil des Feudalzeitalters – des Zeitalters vor der Französischen Revolution. Beispielsweise soll am Rand des neuen Parks eine ganze Autobahn von schnurgeraden überbreiten Wegen entstehen. Zudem soll ein so genannter Stadt-Hain-Gürtel entstehen, auf dem sich nichts weiter befindet, als in Reih und Glied gesetzte Bäume auf wassergebundener Decke. Beide Stilelemente erinnern an die Parks des absolutistischen Zeitalters, als ein Ludwig der XIV. allein herrschte, während die Bürger nichts zu sagen hatten.

Stadtgrün wird systematisch zerstört

Aber noch mal der Reihe nach: Nach Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin mussten die Bebauer des Potsdamer Platzes 24 Millionen Euro für ökologische Ausgleichsmaßnahmen hinterlegen. Dafür soll das Gelände des so genannten „Gleisdreiecks“

südöstlich des Potsdamer Platzes zu einem Park umgestaltet werden. Die 35 Hektar große Berliner Eisenbahnbrache „Gleisdreieck“ entstand auf der Fläche dreier ehemaliger Bahnhöfe, von denen der bekannteste der Anhalter Bahnhof war. Seinen Namen hat das „Gleisdreieck“ von einer oberirdischen U-Bahn-Gabelung über den Güterbahnhöfen, die 1908 nach einem Unfall zu einer Kreuzung wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg fiel das Gelände brach und verwilderte, weil die Flächen in Westberlin lagen, jedoch mit der Reichsbahn zur DDR gehörten. Es entstand nach und nach eine wild wuchernde „Spontanbegrünung“, indem sich „Trümmergrün“ (Planersprache: „Ruderalgrün“) ansiedelte und sich über den allmählich unsichtbar werdenden Schienen zu kleinen Wäldchen verwuchs. Ganze Wälder von Fliederbüschen quellen jeden Mai über die Ränder bis hinunter in die Abgasvernebelte Straßenschlucht unter den Yorckbrücken. Mitten in der Stadt Berlin ist ein grünes Biotop entstanden, das zahlreichen Singvögeln, Igel und sogar einigen Mardern und Füchsen eine neue Heimat wurde. Dort, wo die Menschen im Sommer unter der ewigen Hitze und schlechter Luft beson-

ders zu leiden haben, fächelten ihnen wild gewachsene Birken, Robinien und Weichselkirschen wie aus einer anderen Welt wundersam Wohlgerüche und Kühle zu. Diese wild gewachsene Grüne Lunge zu erhalten und der Öffentlichkeit für Spaziergänge zugänglich zu machen, dafür hatten sich in über 30jährigem Engagement zahlreiche Bürgerinitiativen eingesetzt, von der „BI Westtangente“ bis zur „Parkgenossenschaft Gleisdreieck“.

Stattdessen wurde jetzt im Zuge der Parkerstellung von der Senatsverwaltung bzw. der senatseigenen Firma GrünBerlin ungeheuer viel vom bisherigen Grün systematisch zerstört. Übrig blieb kaum ein Strauch. Tausende von Vögeln, Igel, Kaninchen oder Mardern wurden für Jahre obdachlos. Sämtliche von den Bürgern aus eigener Tasche in vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit angelegten Beete der Community Gardens samt Komposthaufen mit speziellen Kompostwürmern wurden vernichtet. Zerstört wurden die – vom Senat finanzierten – Ausstellungsschilder zur Migration unserer Kulturpflanzen vom Öko-Netzwerk e.V. Der interkulturelle Garten, die Gruppe des „Rosenduft“ des Vereins Südosteuropa Kultur e.V. und andere mussten sich in eine Ecke nahe der lauten und giftigen Yorckstraße verschieben lassen, die ursprüngliche Gartengruppe zerbrach darüber.

Bürgerbeteiligung

Das ist erstaunlich, wollte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung diesen Park mit einer in diesem Umfang noch nie da gewesenen Bürgerbeteiligung erstellen. Das hatte der damalige Stadtentwicklungssenator Strieder versprochen, der zuvor Bürgermeister von Kreuzberg war. Er war zudem langjähriges Mitglied in der Bürgerinitiative Westtangente, die seit 1973 dabei war und ist, das Gelände vor der Gier der Baulöwen und der Autobahnindustrie zu bewahren. Tatsächlich durften die beteiligten Bürgerinitiativen sechs Bürgervertreter in eine „Projektbegleitende Arbeitsgruppe“ für die Parkplanung entsenden. Statt dass jedoch in dieser „Projektbegleitenden Arbeitsgruppe“ die Parkgestaltung besprochen wurde, wurden die Bürgervertreter dort hinsichtlich der Gestaltung der Westseite meistens vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Bürgervertreter – waren und sind entsetzt, wie viel des Geländes für so genannte „Promenaden“ mit Bäumen in militärischer Formation und versiegelten Flächen stehen soll. Dieser tote

Boden wird künftig keinem Käfer und keiner Schmetterlingsraupe einen Lebensraum zugestehen. Die bundesweit bewunderte Parkgenossenschaft Gleisdreieck, der die Ruine „gelbe Villa“ als Basis für den notwendigen Restaurationsbetrieb nicht zugestanden wurde, ist daher in Auflösung begriffen.

Vielleicht haben beide Seiten aus diesem unfruchtbaren Hin und Her allmählich doch ein klein wenig gelernt, denn nun sieht es so aus, als wären die Kleingärten am Westrand des Parks doch gerettet, die auf der Schöneberger Seite des Gleisdreiecks die Spaziergänger und die Menschen mit 60-jährigen Apfelbäumen erfreuen – samt ihren geheimnisvollen Verstecken und Behausungen für Spatz, Fink und Star sowie Meise, Igel, Fuchs und Haselmaus, kurzum dessen, was man in diesem Jahr der Biodiversität besonders schützen möchte. Aber auch hier muss weiterhin jedes einzelne Gebüsch, jedes Bäumchen, das bisher ohne künstlicher Bewässerung auskam, vor der respektlosen Baulust der Landschaftsplaner verteidigt werden.

Fazit

Länder und Kommunen sind, da sie verschuldet sind, erpressbar. Da sie vom Bund immer weniger Mittel erhalten, setzen sie in ihrer Not auf die Bürgerinitiativen, die kurz vorher noch als unbequeme Querulanten galten. Aber des fortgesetztes Drucks, unter dem die Kommunen seitens der Banken, örtlichen Firmen und der Bundesebene stehen, die neue Aufgaben aufbürden aber die Steuereinnahmemöglichkeiten kappen, entwickeln sie kaum ein angemessenes Verständnis für die tatsächliche Bedeutung von Bürgerarbeit. Ohnehin wurde die Bürgerarbeit untergraben, indem man daraus Zwangsarbeit für Hartz-IV-Empfänger zu machen versuchte. Zudem wird Bürgerengagement nicht ernst genommen, weil die Idealisten sozusagen ja dumm genug sind, es umsonst zu machen. Endlich möchte man sich zeitraubende Konflikte ersparen, indem man langjährige aktive Bürger durch eine Scheinbürgerbeteiligung von Befragung von desinteressierten Anrainern ausschaltet. Schließlich unterläuft die Verwaltung ihr Bemühen um aktive Bürgerbeteiligung, wenn sie die langjährig aktiven Gruppen als „Minderheit“ abqualifiziert, die angeblich kein Gefühl für die Bedürfnisse der Mehrheit hätten. Untersuchungen wie die vom Soziologen Wulf Tesin der Universität Hannover zeigen jedoch, dass die engagierten Bürger

in der Regel ganz gut eben das zum Ausdruck bringen, was die Mehrheit denkt, auch wenn sie sich nicht bequemt aktiv zu werden.

Land Grabbing auch in Europa?

Das Land Grabbing, dass in Afrika neue Not hervorruft, findet offenbar auch in Europa statt. Zur Erinnerung: Riesige Ländereien wurden bereits und werden in Afrika verkauft. Flächen so groß wie die Hälfte der Ackerflächen Europas wurden den afrikanischen Bauern entzogen und ausländischen „Investoren“ zugeschlagen. Die dort ansässigen Kleinbauern werden in der Regel noch nicht einmal gefragt, ob sie damit einverstanden sind. Sie kannten das Institut des privaten Landbesitzes bisher nicht. Sie verstanden ihr Land als Allgemeinbesitz, der jedem zusteht, der es zur Bestreitung seines Lebensunterhalts braucht. Nun werden die betroffenen Kleinbauern vertrieben. Die meisten fliehen vom Land und siedeln sich in den rasant wachsenden Slums großer Städte an. Ihre Verarmung ist vorprogrammiert, anständig bezahlte Jobs finden sie dort nämlich nicht. Hunger und Unterernährung warten auf wahrscheinlich sogar die meisten von ihnen.

Aber auch bei uns findet diese Politik der Enteignung des Volkes zugunsten einiger Investoren statt. Es handelt sich um eine Veruntreuung der bisherigen Allmenden. Die Politik der Privatisierung bedeutet nichts anderes. Die Politik der Steuerentlastung für die Reichen macht es möglich. Verschuldete Regierungen sind erpressbar. Der Bund (Tempelhof, Gleisdreieck) etwa erpresst das Land Berlin, ihm freiwerdendes Land abzukaufen. Überall wo in Berlin neue Parks erstellt werden erweisen die sich bei genauerem Hinsehen als verdeckte Baumaßnahme. Die zu groß gewordene Bauindustrie, die nach dem Boom Anfang der 1990er Jahre nicht mehr ausgelastet ist, drängt in den Bereich der Landschaftsplanung. Sie erpresst offenbar die Verwaltung, die Regierung, Senat und Unterbehörden wie etwa die landeseigene Parkerstellungsfirma „GrünBerlin“, bei der Neuanlage von Parks größere Bauaufträge zu vergeben. Und zwar auch, wenn diese Aufträge auf Kosten des bereits vorhandenen Grüns gehen. Die auf dem Gleisdreiecksgelände bereits vorhandene Spontanbegrünung musste größtenteils abgeholzt werden, damit die heute meistens riesigen Baufahrzeuge sich dort überhaupt bewegen konnten. Ergebnis wird ein steriler Park



Ade Bürgerbeteiligung: Zur Begehung des „Westparks“ auf dem Gleisdreieck kamen um die 300 Menschen ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN, 2010

der „großen Leere“ sein, eine grüne Wüste. Unterbrochen von allzu breiten Wegen, die Radler und Skater zum Rasen verleiten mitsamt sterilen, fast immer überdimensionierten „Plätzen“ die fast niemand gerne benutzt, wie inmitten des Bürgerparks Laskerwiesen oder aber die Fläche am südlichen Zipfel des Anhalter Bahnhofsgeländes.

Steriles Grün als Planungsziel?

Daher fallen die neuen Berliner Parks, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, fast alle durch ihre Sterilität auf. Trotz der Klimaschutzabkommen von Rio de Janeiro und der Agenda 21 besteht offenbar keine Verpflichtung der Behörden, Parks auf eine nachhaltige, ökologische Art und Weise zu erstellen, statt die Parkerstellung zu verdeckten Bauaufträgen zu mutieren. Indem große Bäume abgehauen werden und dann durch (teure) viel kleinere ersetzt werden, wird die Luftreinigungswirkungsfunktion des Geländes massiv minimiert. Es entstehen zusätzliche Pflegekosten, da die neu angepflanzten Bäume über Jahre hinaus künstlich gewässert werden müssen, während die Bäume, die sich selbst angesiedelt hatten, offensichtlich in der Lage waren, mit dem Regenwasser auszukommen. Eine grüne Wiese auf einer hochgelegten Fläche

mit Schotteruntergrund wie dem Gleisdreieck wird ungeheure Wassermengen benötigen, soll sie einigermaßen grün bleiben. Fraglich ist, ob eine schattenlose Weite den im Sommer hitzegeplagten Großstädtern Freude machen wird. Oder geht es hier eher um eine Art von neuem Versailler Park, mittels dessen der Sonnenkönig bei seinen ohnehin nur einmal kommenden Gästen Eindruck schinden will?

Parkgenossenschaft Gleisdreieck in Auflösung

Die Parkgenossenschaft Gleisdreieck hat daher ihre Auflösung beschlossen. In diesem undemokratisch und phantasielos gestalteten Park werden wir keine ehrenamtliche Pflege übernehmen. Die Verwaltung weiß offenbar nicht, was Bürgerbeteiligung ist. Sinnvoll wäre ein runder Tisch gewesen, statt eines Fragebogen-Dialogs mit und seien es tatsächlich 30.000 Anwohnern, die jedoch höchstens mittels des Einsatzes von bezahlten Sozialarbeitern zur Stimmabgabe motiviert werden konnten. Die „schweigende Mehrheit“ gegen die wenigen angeblich „elitären“ Aktiven auszuspielen, das hat schon immer demokratiezerstörend gewirkt. Hauptursache der Disaster ist die Boden-

spekulationspolitik, die die Bundesregierung seit 1991 betreibt. Zu große Summen von Ausgleichsgrün-Geldern, wirken zerstörerisch, wenn sie nicht zumindest teilweise auf die kommunale Ebene der Bezirke weiter gereicht werden. Letzte Ursache ist die Phantasielosigkeit der Verwaltung, die nicht versteht, dass im Sinne der Nachhaltigkeit Ausgleichsgrün-Gelder heutzutage an die Bezirke zur Parkpflege übergeben werden müssen. Außerdem kam man in den Verwaltungen nie auf die Idee, dass man Bürgerinitiativen, denen man eine Daueraktivität über 20 Jahre und länger zumutet, nur erhalten kann, wenn man ihnen Büros und schließlich auch ein Büro neben bezahlten Koordinatoren zugesteht. Es steht nirgends geschrieben, dass Ausgleichsgrün-Gelder nicht auch dafür verwandt werden dürften.

Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
 Vorsitzende der AG Gleisdreieck e.V.
 Bülowstr. 74
 10783 Berlin
 Tel.: 030–261 22 87
 elmeyerr@zedat.fu-berlin.de
 www.berlin-gleisdreieck.de
 www.urbanacker.net
 www.breigarten.de